

Sehr geehrte Frau Schwarzeluehr-Sutter,

die Aussagen eines Politikers enthalten substanzuell das Gift der Lüge. Jedenfalls wird dies von Vielen so behauptet. Und leider tragen Sie mit Ihrem Verhalten dazu bei.

Wenn man sich mit dem mit von Ihnen nun mit unterschriebenem Entwurf einer Impfpflicht auseinandersetzt, kann man sich des Eindrucks von Entrücktheit von Ihrem Arbeitgeber, nämlich dem Steuerzahler, nicht erwehren. Dass Sie damit der Forderung nach Aufhebung des bislang funktionierenden Parlamentarismus Vorschub leisten, mag in der politischen Blase noch nicht angekommen sein. Doch die Geschichte beweist Gegenteiliges, zumal von Ihrem Genossen Scholz dazu die Aussage der roten Linie passt.

Die überschreiten Sie und die Mitinitiatoren damit in ganz erheblichem Maß.

Ich füge Ihnen zur Gedächtnisauffrischung Ihre Einlassungen und Beschwichtigungen vom 25.11.2020 hier vor Augen, die lediglich die Vorbereitung auf das nun Folgende waren.

Gestatten Sie mir hier den Hinweis, dass die von Ihnen mitinitiierte Vorlage, sollte es zu einer Impfpflicht kommen, **auch von mir** als Bürger nicht akzeptiert und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft wird.

Wenn Sie Hand an das sozial schon stark geschwächte Miteinander legen, müssen Sie sich als Mitverantwortliche auch der Verantwortung für dieses geplante völker- und staatsrechtswidrige Gesetz stellen.

Und die daraus folgenden zwangsläufigen verbrecherischen Verordnungen mit Strafen und exekutiven Folgen beschwören im schlimmsten Fall weitere Taten auf beiden Seiten herauf.

Glauben Sie ernsthaft, dass ein solches Gesetz nach mehr als zwei Jahren des medialen Drucks, der Ausgrenzung, Häme und Verfolgung der impfkritischen Menschen dafür sorgt, dass dieser Teil der Bevölkerung sich dann per se „unterwirft“?

Ich unterstelle nach Studium Ihrer bisherigen Entscheidungen zu den eingebrachten Verordnungen zum Infektionsschutzgesetz allerdings nicht ein Nichtwissen, sondern Absicht, denn ein solches Gesetz zu unterschreiben, das vorsätzlich Fakten wie Krankheit und Tod durch die Folgen der Gentherapie ausblendet, ist in sich eine Kampfansage an die freiheitliche Grundordnung und die geltende Unversehrtheit des Menschen. Damit überschreiten Sie eindeutig Ihre politische Kompetenz und den vom Volk gegebenen Freiraum, der in einem solchen Fall entzogen werden muß.

Kein Bundestagsabgeordneter kann sich dem dann folgenden hinter politischer Immunität oder Nichtwissen verstecken.

Ich möchte am Schluß Ihre Wort zitieren:

„...Eine abschließende Bemerkung zum Vorwurf, wir hätten ein „Ermächtigungsgesetz“ verabschiedet: Dieser Vergleich entsetzt mich als Sozialdemokratin. Mit dem Ermächtigungsgesetz begann 1933 die Nazi-Diktatur. Heute geht es nicht darum, unseren demokratischen Rechtsstaat abzuschaffen, sondern die Grundrechte der Bürger gegen eine weltweite und lebensbedrohliche Virus-Krankheit zu schützen....“

Mit der geplanten Impflpflicht beginnt eine neue Diktatur und enden Grundrechte der Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Daubenberger
79256 Buchenbach